

GRin Gerda GESEK

18.11.2010

A N T R A G

Betr.: SeniorInnenreferat

Von einer beträchtlichen Anzahl für das SeniorInnenreferat tätigen Ehrenamtlichen ist in letzter Zeit mehrmals der Wunsch geäußert worden, das SeniorInnenreferat aus dem Sozialamt herauszulösen und entweder in das Amt für Jugend und Familie oder in die Magistratsdirektion einzugliedern.

Die SeniorInnen fühlen sich immer wieder diskriminiert, weil sie sich als Sozialfall eingestuft fühlen, wenn sie mit dem für sie zuständigen Amt, dem Sozialamt, in Kontakt treten. Es entsteht dadurch eine Hemmschwelle bei der Inanspruchnahme von Angeboten für SeniorInnen.

Sie werden insbesondere von der Annahme von Angeboten abgehalten, die geeignet sind ihre Mobilität in körperlicher als auch geistiger Hinsicht zu erhalten um damit allenfalls auch eine Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuschieben.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

die Stadt Graz möge das SeniorInnenreferat aus dem Sozialamt herauslösen und entweder in das Amt für Jugend und Familie oder in die Magistratsdirektion eingliedern.

GR Kurt Hohensinner

18.Nov.2010

A N T R A G

Betr.: Maßnahmen zur demokratischen Stärkung von Menschen mit geistiger Behinderung

Der Verfassungsrechtler Mayer stellte in einer Report-Sendung zum Thema „Wien Wahl“ das Wahlrecht von Menschen mit geistiger Behinderung in Frage. Er bezieht sich auf die Möglichkeit des Missbrauchs durch Manipulation.

Ich war entsetzt, dass diese Aussage von der bundesweiten Sozialpolitik unkommentiert blieb. Beeindruckt war ich von der raschen unmissverständlichen Stellungnahme von unserer neuen Sozialstadträtin.

Eine Diskussion über das hohe Risiko des Missbrauchs durch Manipulation von Menschen mit einer geistigen Behinderung kann ich verstehen und nachvollziehen, die Lösung – hier einfach einer großen wichtigen Gruppe unserer Gesellschaft das Wahlrecht zu entziehen, wäre aus meiner Sicht ein Anschlag auf demokratische Rechte.

Dass aufgrund des möglichen Missbrauchs Maßnahmen gesetzt werden müssen, ist auch klar, die aus meiner Sicht wie folgt aussehen sollten:

- bestehende Angebote politischer Informationen für Menschen mit geistiger Behinderung massiv verstärken und ausbauen! (beispielsweise Besuche des Landhauses bzw. Landtages, Rathauses bzw. Gemeinderates und die Aufbereitung und Auseinandersetzung von politischen Inhalten)
die Stadt ist auch gefordert, die Selbstvertretungsinitiativen zu stärken.
die Partei- und vor allem Wahlprogramme sollen in „leichter lesen Ausgaben“ verständlicher gemacht werden und somit einen niedrige Schwelle liefern, sich mit den Programmen zu.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Das Sozialamt der Stadt Graz wird ersucht, die im Motivenbericht beschriebenen Maßnahmen zur demokratischen Stärkung von Menschen mit geistiger Behinderung zu prüfen und eine Umsetzung zu veranlassen.

GR Johann Koroschetz
GR Mag. Gerhard Spath

18.11.2010

A N T R A G

Betr.: Kostenlose Selbstanlieferung von Grünschnitt auch im Herbst

Nicht nur im Frühjahr sondern auch im Herbst fällt durch die Gartenarbeit viel Grünschnitt an. Um ein Verbrennen dieses Grünschnitts zu vermeiden und die stark strapazierte Luft von Graz zu entlasten, wurde in den vergangenen Jahren den Grazerinnen und Grazern eine kostenlose Selbstanlieferung des Grünschnitts ermöglicht.

Drei Sammelstellen wurden dazu eingerichtet und wird dieses Angebot von der Bevölkerung sehr gut in Anspruch genommen.

Daher ist es sinnvoll, dieses Service den Grazer Bürgerinnen und Bürgern auch im Herbst 2 bis 4 Wochen zu ermöglichen, z.B. im Zeitraum von 1. bis 31. Oktober.

Daher stellen wir namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen, neben der bestehenden jährlichen kostenlosen Grünschnitanlieferungsaktion im Frühjahr auch eine solche im Herbst der Grazer Bevölkerung an den bekannten 3 Sammelstellen - Sturzgasse 16 (AEVG), Neufeldweg 219 (ehemalige Mühleponie Köglerweg) und Wasserwerksgasse 5 (Fa. Ehgartner) - zu ermöglichen.

GR Sissi POTZINGER

18.11.2010

A N T R A G

Betr.: Verkehrsberuhigung am Messendorfberg
zum Schutz des Naherholungsgebietes

Der Messendorfberg ist mit seinem "Urwald", dem einzigartigen Rosengarten und wunderbaren Aussichtspunkten ein beliebter Naherholungsort. Leider wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit - Tempo 30 - von Kraftfahrern kaum eingehalten und das Fahrverbot am Wochenende wurde aufgelassen. SpaziergängerInnen, Nordic Walker, JoggerInnen und Familien, die mit ihren Kindern Erholung suchen wünschen sich ebenso wie zahlreiche Anrainer verkehrsberuhigende Maßnahmen, damit Jung und Alt den Messendorfberg wieder genießen und Energie tanken können. Eine aktuelle Unterschriftenaktion der Frauenbewegung unterstreicht das dringende Anliegen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A N T R A G :

Die zuständige Stadtsenatsreferentin wird ersucht, durch entsprechende Maßnahmen möglichst rasch dafür zu sorgen, dass der Messendorfberg wieder ein verkehrberuhigtes Naherholungsgebiet wird.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

**Betreff: Aufstellung von Mülleimern und
deren regelmäßige Entleerung sowie
Sanktionen für GrundstückseigentümerInnen
bei nicht sauber Halten des zugehörigen
Gehsteiges**

Antrag
an den Gemeinderat
eingebracht von Frau GRin Mag. Dr. Karin Sprachmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18.11.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Oft wurden in diesem Gemeinderat Anträge und Anfragen – von mir beispielsweise am 23.4.2009 - eingebracht, dass eine Notwendigkeit der Intensivierung der Aufstellung von Mülleimern, deren regelmäßige Entsorgung, sowie eine Verbesserung der Gehsteigreinigung gegeben ist.

Graz ist trotz all dem noch immer schmutzig und verschmutzt zunehmend.

Verstärkt Mülleimer sind zwar in den Bereichen aufgestellt, die von TouristInnen frequentiert werden, wie beispielsweise dem Hauptplatz

oder der Herrengasse. Außerhalb von diesen Bereichen schaut es aber schlecht aus mit der Sauberkeit in unserer Stadt.

Bei einem längeren Spaziergang beispielsweise vom Floßendplatz in die Griesgasse tritt man als FußgängerIn ständig auf Kaugummireste, Zigarettenstummel, Papier, Hundstrümmerl usw.

Würden mehr Mülleimer in regelmäßigen Abständen aufgestellt werden, die dann auch in intensiveren Intervallen entleert werden, würden sich solche Probleme nicht ergeben, da der Müll dann zum großen Teil dort entsorgt wird, wohin er auch entsorgt gehört.

Ebenfalls notwendig für eine saubere Stadt ist es, verstärkte Sanktionen für Grundstückseigentümer einzuführen, die ihren Gehsteig nicht rein halten. Die erforderlichen Kontrollen könnte beispielsweise von den ParkraumwächterInnen – welche bedingt durch die blaue Zone und die erweiterten grünen Zonen - ohnehin schon in fast allen Grazer Bezirken tätig sind, durchgeführt werden.

Ich stelle daher namens der SP Gemeinderatsklubs den

Antrag,

der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen,

1. dass im gesamten Bereich von Graz, der von Passanten frequentiert wird, mehr Mülleimer aufgestellt werden, die in regelmäßigeren Intervallen entleert werden.
2. die Einführung von Sanktionen für Grundstückseigentümer, die ihre Gehsteige nicht sauber halten und in diesem Zusammenhang die Einführung von Kontrollen.

Antrag an den Gemeinderat

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.11.2010

VON

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betreff: Gemeindewohnungen ohne Heizmöglichkeit

Die Grazer Grünen haben erfahren, dass in Graz Gemeindewohnungen ohne jegliche Heizmöglichkeit an sozial benachteiligte Menschen zugewiesen wurden. Laut einer als Sachwalterin tätigen Sozialarbeiterin gibt es einige solche Fälle.

Mit der Zuweisung solcher Wohnungen treibt man sozial benachteiligte Menschen in eine Kostenfalle. Die betroffenen Personen stellen sich mangels anderer Heizmöglichkeiten einen Radiator in die Wohnung und heizen mit Strom, was unweigerlich dazu führt, dass sie in ein paar Monaten mit horrenden Stromrechnungen konfrontiert sind.

In die Sozialberatung der Grünen kommen immer wieder Menschen, denen der Strom abgestellt wird, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen (können). Durch die Vergabe von Gemeindewohnungen ohne Heizmöglichkeit wird ein soziales Problem nicht gelöst, sondern längerfristig noch verschärft.

In letzter Zeit werden vermehrt sozialschwache Personen aus Gemeindewohnungen an das Umweltamt, den Grünen Klub bzw. das politische Büro der Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rucker verwiesen, um sich den Einbau einer Heizung fördern zu lassen. Die Information, dass es eine Förderung für den Einbau einer Heizung gibt, ist unvollständig und daher falsch. Laut der „Förderrichtlinie zur Heizungsumstellung auf Fernwärme“ können nur Anlagen gefördert werden, wenn mindestens 80% der Wohnungen eines Hauses oder eines Wohnblocks mit mindestens 5 Wohnungen gemeinsam an die Fernwärme angeschlossen werden. Dann wird die Errichtung der Hauszentrale zu 100%, maximal jedoch mit € 1000,- / Wohneinheit gefördert. Diese Förderung ist unabhängig vom Einkommen der BewohnerIn.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

Antrag

Das Wohnungsamt der Stadt Graz wird beauftragt, unter Einbindung des Umweltamts der Stadt Graz ein Konzept zu erarbeiten, wie in Zukunft sichergestellt werden kann, dass alle Gemeindewohnungen der Stadt Graz über eine Heizungsmöglichkeit – vorzugsweise auf Basis Fernwärme – verfügen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Donnerstag, 18. November 2010

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betr.: VS Baiernstraße: Maßnahmen zum Schutz der Fußgänger

Die Volksschule Baiernstraße steht vor einem sehr begrüßenswerten Schulausbau. Der Zustrom an Schülerinnen und Schülern ist erfreulich.

Anders sieht es mit der Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg aus. Diese erscheint gefährdet, da nicht zuletzt durch die Ausweitung der grünen Zone der Individualverkehr stark zugenommen hat. Durchgehende Gehwege fehlen (zum Beispiel in der Johann Haidenstraße und der Handelsstraße), zusätzlich halten sich viele Autos nicht an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Auch zusätzliche Schutzwege wären dringend notwendig.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die entsprechenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Umfeld der VS Baiernstraße rasch notwendige Maßnahmen zum Schutze der Fußgänger (durchgehende Gehsteige, zusätzliche Schutzwege, Geschwindigkeitskontrollen) durchzuführen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Donnerstag, 18. November 2010

Gemeinderat Manfred Eber

ANTRAG

Betr.: **Keine Erhöhung der Kurzparktarife in den Blauen Zonen**

Die Diskussion um eine Erhöhung der Kurzparktarife in den Blauen Zonen trifft die Bevölkerung in den Innenstadtbezirken besonders stark. Anscheinend übersieht man am „Grünen Tisch“, dass mit dem Belastungspaket der Bundesregierung auch eine deutliche Verteuerung des Pkw-Verkehrs unmittelbar bevorsteht.

Es ist weder sinnvoll noch der Bevölkerung zumutbar, diese Belastung auf Ebene der Stadt noch zu vergrößern.

Deshalb stelle ich im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt die in der Öffentlichkeit diskutierte Anhebung der Kurzparkzonentarife in den Blauen Zonen ab.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderatsitzung, 18. November 2010

Gemeinderätin Ina Bergmann

ANTRAG

Betrifft: Gefährliche Situation für FußgängerInnen in der Ulmgasse

Eine gefährliche Situation für FußgängerInnen ergibt sich in der Ulmgasse. In der sehr schmalen, auch von LKWs stark befahrenen, Straße wurde ein von der Fahrbahn mit Begrenzungsphählen getrennter Fußgängerstreifen geschaffen. Der Fußgängerbereich wurde nur mit grobem Schotter befestigt. Seitens des Straßenamtes begründet man diese Entscheidung damit, dass eine gewisse Sickerfähigkeit gegeben sein müsse.

Nicht berücksichtigt hat man dabei allerdings, dass der Gehweg in dieser Form von Kinderwägen nicht befahren werden kann, was zur Folge hat, dass Eltern mit ihren Kinderwägen sowie andere Fußgänger regelmäßig auf die Straße ausweichen. Damit sind sie auf der jetzt noch schmälere Straße unmittelbar der Gefahr durch fahrende Fahrzeuge ausgesetzt.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der Fußgängerbereich in der Ulmgasse soll so gestaltet werden, dass er im Interesse der Verkehrssicherheit von Fußgängern, insbesondere Eltern mit Kinderwägen, benützt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 21.10.2010 von
Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 21.10. 2010

Betrifft: Zusätzlicher Verkehrsspiegel / Ausfahrt Ernst-Moser-Weg in
Richtung Waltendorfer Hauptstraße
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sicherheit ist das oberste Anliegen der Grazer Bevölkerung. Leider ist die im Betreff angeführte Örtlichkeit aus verkehrstechnischer Sicht eine permanente Gefahrenquelle. Diese kann jedoch mit einer einfachen Maßnahme beseitigt werden. Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz werden beauftragt, die Möglichkeit der Aufstellung eines zusätzlichen Verkehrsspiegels auf der Ausfahrt Ernst-Moser-Weg in Richtung Waltendorfer Hauptstraße zu prüfen und bei positiver Begutachtung eine Aufstellung sobald als möglich zu veranlassen.

Gemeinderätin
Ingrid Benedik

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.11.2010 von
Gemeinderätin Ingrid Benedik

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 18.11. 2010

Betreff: Reptilienfachmann Stangl; Räumlichkeiten durch die Stadt
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Diverse Medienberichte und darin enthaltene Statistiken zeigen auf, dass eine steigende Anzahl an Personen in unserer Stadt exotische Reptilien als Haustiere hält. In der Vergangenheit wurden diese offiziell importiert. In den Folgejahren stieg dann die Zahl der illegalen Importe dramatisch an und mittlerweile werden zahlreiche Tiere in Österreich bereits nachgezüchtet und auf heimischen Reptilienbörsen legal verkauft.

Daraus ergibt sich aber leider auch, dass nicht nur befähigte Personen mit Haustieren dieser Art leben, sondern auch eine im Wachsen befindliche Gruppe an unbedarften Personen Schlangen und andere Reptilien hält. Es verwundert daher nur wenig, dass es hierbei auch wiederholt zu Komplikationen kommt, wobei die Haustiere ihren Besitzern entweder abgenommen werden müssen, oder von diesen einfach ausgesetzt werden. In solchen Fällen wird in unserer Stadt zunehmend der Reptilienfachmann und Sachverständige Werner Stangl konsultiert. Herr Stangl wird von der Polizei und der Feuerwehr zu Rate gezogen, wenn es darum geht, die tierischen Exoten artgerecht zu verwahren und vor allem zu versorgen.

Hierbei benötigt Herr Stangl nun Unterstützung seitens der Stadt Graz. Da der Reptilienexperte bereits über Finanzierungszusagen diverser Tierschutzverbände verfügt, geht es vordergründig darum, ihm ein geeignetes Objekt der Stadt Graz zur Miete anzubieten.

Ich stelle daher namens des FPÖ- Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu beauftragen, geeignete Objekte – eventuell aus dem Kreis der aufgelassenen Bezirksämter – zu evaluieren und diese Herrn Stangl zur Miete anzubieten.

Zudem werden die zuständigen Stellen beauftragt, finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Herrn Stangl zu prüfen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.11.2010 von Herrn
Gemeinderat **Christoph Hötzl**

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 18.11.2010

Betreff: Erlass der Kommunalsteuer für Unternehmer bei Anstellung des ersten
Mitarbeiters
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die attraktive Gestaltung des Wirtschaftsstandortes Graz gehört wohl zu den
Hauptaufgaben kommunaler Wirtschaftspolitik.

In diesem Zusammenhang liegt das Hauptaugenmerk auch auf der Schaffung
neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze. Aus diesem Grund stelle ich namens des
Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

**Um Unternehmen, die bei Neugründung bzw. innerhalb der ersten drei
Jahre nach Neugründung den ersten Mitarbeiter einstellen, die
Kommunalsteuer für die Dauer von zwölf Monaten erlassen zu können,
werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz beauftragt, die
notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Initiative zu
erarbeiten und zu prüfen sowie dem Gemeinderat alsbald hierüber Bericht
zu erstatten.**

Unabhängiger Gemeinderat
Mag. Gerhard Mariacher

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, den 18.11.2010

Betrifft: „**Vorbeugende Maßnahmen gegen Feinstaub im Straßenverkehr**“

ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

Die Autos sind bereits aufgrund der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung auf Winterreifen umgerüstet. Daraus resultiert Sicherheit bei kalten Temperaturen. Doch der Gummiabrieb bei der Verwendung von Winterreifen ist bekanntlich deutlich größer als jener bei Sommerbereifung.

Das Wetter mit milden vorherrschenden Herbsttagen könnte seitens der Stadt Graz – wie dies in anderen Kommunen nachweislich bereits zum Erfolg geführt hat - bestmöglich genützt werden, um präventiv Maßnahmen in Form einer verstärkten Straßenreinigung insb. durch gründliches Kehren oder Waschen gegen die aufkommende Feinstaubentwicklung im Winter zu leisten.

Die Stadt Lienz in Osttirol weißt eine ähnliche geographische Kessellage wie Graz auf. Dort wurde bereits bewiesen, dass bei einer soliden Straßenreinigung resp. Wäsche, siehe <http://tirol.orf.at/stories/322732/>, große Erfolge gegen die Feinstaubbelastung zu erzielen sind.

In diesem Zusammenhang stellt GR Mag. Gerhard Mariacher nachfolgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die Bürgermeister-Stv. der Stadt Graz, Frau Lisa Rücker, wird als das für das für das Umweltamt und das Straßenamt sowie für die Wirtschaftsbetriebe zuständige Mitglied in der Grazer Stadtregierung aufgefordert im Sinne präventiver Maßnahmen gegen den Feinstaub im Straßenverkehr Veranlassungen zu treffen, um bei günstigen, milden und trockenen Wetterlagen im kommenden Herbst und Winter Straßen, Gassen, Plätze und Wege in Graz gründlich durch Kehren und Waschen resp. unter Verwendung staubbindernder Wirkstoffe zu reinigen.“